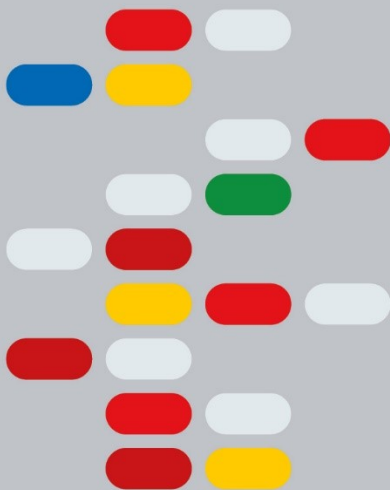




Vorarlberg
unser Land



GEMEINSAM IN VERANTWORTUNG

VORSITZ LAND VORARLBERG
1. HALBJAHR 2022

Pressekonferenz

Freitag, 20. Mai 2022

Landeshauptmann Markus Wallner

Landeshauptmann Günther Platter, Land Tirol

Bürgermeister Michael Ludwig, Stadt Wien

Bundesminister Martin Polaschek

Bundesministerin Susanne Raab

Landeshauptleute fassten in Vorarlberg wichtige Beschlüsse

Landeshauptleute fassten in Vorarlberg wichtige Beschlüsse

Vereinbarung über Weiterentwicklung der Elementarpädagogik unterzeichnet

Einige weitreichende Beschlüsse haben die österreichischen Landeshauptleute am Freitag (20. Mai) bei ihrem jüngsten Zusammentreffen unter Vorarlberger Vorsitz im Festspielhaus Bregenz gefasst, berichtet Landeshauptmann Markus Wallner als aktueller Ländervorsitzender. Im Zuge der Konferenz wurde von den Regierungschefs etwa die neue Vereinbarung zur Weiterentwicklung der Elementarpädagogik unterzeichnet. Im Vorarlberger Vorsitzhalbjahr stellte sie einen besonderen Schwerpunkt dar, weil die derzeit noch gültige Regelung für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 mit Ende August ausläuft. „Intensive Verhandlungen haben zu einer fairen und vernünftigen Lastenverteilung geführt. Gemeinden und Länder erhalten damit die nötige Planungssicherheit für die Weiterentwicklung“, führt der Landeshauptmann aus. Neben der Qualitätssicherung sind der weitere Ausbau der Kinderbildungs- und -betreuungsangebote und die frühe sprachliche Förderung zentrale Pfeiler der Vereinbarung. Daneben befassten sich die Landeshauptleute unter anderem mit der aktuellen Preisentwicklung, mit Maßnahmen für eine beschleunigte Energiewende und mit der Wohnraumsicherung.

Bei der Nachfolge-Vereinbarung für die künftige Weiterentwicklung der Elementarpädagogik würden bewährte Maßnahmen fortgesetzt und punktuelle Verbesserungen dort vorgenommen, „wo diese notwendig sind“, erläutert der Vorarlberger Landeshauptmann. Weiter festgehalten wird in der Neuregelung am bewährten integrativen Ansatz, der erstmals in der noch laufenden Vereinbarung zur Elementarpädagogik verankert wurde. In ihrem Rahmen sind der Ausbau von Kinderbildungs- und -betreuungsplätzen, die frühe sprachliche Förderung und die Besuchspflicht im letzten Kindergartenjahr vor Schuleintritt zusammen geregelt worden. „Trotz der schwierigen Pandemiesituation konnten damit wesentliche Verbesserungen im Bereich Elementarpädagogik auf den Weg gebracht werden“, hält Wallner fest. Seinen Dank richtet er in dem Zusammenhang an die engagierten Mitarbeitenden in den elementarpädagogischen Einrichtungen, „die gerade auch in Zeiten von Corona die Kinder nicht nur beaufsichtigt, sondern kompetente Bildungsarbeit verrichtet“ hätten.

Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten

„Von Länderseite wurden insbesondere bei den Zweckzuschüssen mit Nachdruck deutliche Erhöhungen eingefordert“, blickt der Landeshauptmann auf intensive Verhandlungen zurück. Ein flexibler zu handhabender Mitteleinsatz erlaube es künftig, auf regionale Gegebenheiten bzw. Bedürfnisse noch besser einzugehen. Unabdingbar in Bezug auf die Zielerreichung im Bereich Elementarpädagogik – insbesondere bei den Betreuungsquoten und beim flächendeckenden Ausbau – sei zudem die ausreichende Übertragungsmöglichkeit von Mitteln aus früheren Regelungen. Die neue Vereinbarung sieht eine Unterstützung durch den Bund in Gesamthöhe von einer Milliarde Euro in fünf Jahren vor. Für die Besuchspflicht stehen davon pro Jahr 80

Millionen Euro zur Verfügung. Der weitaus größere Teil aus den 200 Millionen Euro jährlich – konkret 120 Millionen Euro – ist für den kontinuierlichen Ausbau des elementarpädagogischen Kinderbildungs- und -betreuungsangebots sowie für die frühe sprachliche Förderung in der Bildungssprache Deutsch vorgesehen. „30 Prozent dieser Mittel lassen sich flexibel abgestimmt auf die individuellen Bedürfnisse und Gegebenheiten in den einzelnen Ländern für die frühe sprachliche Förderung oder den Ausbau des institutionellen Kinderbetreuungsangebots einsetzen“, verweist Landeshauptmann Wallner auf eine zentrale Länderforderung, die in der Vereinbarung enthalten ist. Die massiven Investitionen würden sich bezahlt machen, gehe es doch darum, die Potenziale, Begabungen, Talente und Fähigkeiten der Jüngsten möglichst früh und umfassend zu entwickeln und ihre Bildungschancen auf diese Weise nachhaltig zu erhöhen, bekräftigt der Vorarlberger Regierungschef.

„Damit stellen wir klar: Bildung fängt nicht erst in der Schule an. Denn Kindergärten sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern ein wichtiger und zentraler Bestandteil unseres Bildungssystems“, sagt Finanzminister Magnus Brunner: „Mit dieser Kindergarten-Milliarde bauen wir die Kindergarten-Plätze weiter aus, setzen auf noch mehr Sprachförderung und geben den Kindern in unserem Land ein noch besseres Umfeld.“

Aktuelle Preissteigerungen abfedern

Beschäftigt haben sich die Landeshauptleute bei ihrer Konferenz in Vorarlberg auch mit den teils drastischen Preissteigerungen, die das Leben in Österreich immer teurer machen. Dafür maßgebend mitverantwortlich ist der weltweit zu beobachtende Höhenflug der Energiepreise, der durch den Ukraine-Krieg zusätzlich verstärkt wird. Weil sich die höheren Energiekosten auf praktisch alle Konsum- und Investitionsgüter auswirken, ist auch in weiteren Sektoren mit einer großflächigeren Preisdynamik zu rechnen. Besonders stark betroffen sind davon Haushalte mit geringen Einkommen und fehlenden Ersparnissen. Sie sind laut einer WIFO-Studie gezwungen, für die Lebenshaltungskosten das gesamte Einkommen aufzuwenden, ihren Konsum merklich einzuschränken und sich stärker zu verschulden. Um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, wurden von Bund und Ländern bereits verschiedene Schritte gesetzt. „Weitere Maßnahmen müssen folgen“, erklärt Landeshauptmann Wallner. Diesbezüglich sehr positiv aufgenommen wurde im Kreis der Länder die Ankündigung von Finanzminister Magnus Brunner, unter anderem die Abschaffung der kalten Progression zu prüfen. „Damit ließe sich eine nachhaltige Entlastung über Jahre hinweg sicherstellen“, ist Wallner, der sich in den letzten Jahren immer wieder für ein Ende der kalten Progression eingesetzt hat, überzeugt. In einem Beschluss hat sich die Konferenz der Länder für einen Schulterschluss von Politik und Sozialpartnern ausgesprochen. Ziel müsse sein, der Teuerung gemeinsam entgegenzuwirken.

Beschleunigung der Energiewende

Gleich mehrere Tagesordnungspunkte betrafen – auch mit Blick auf den fortschreitenden Krieg in der Ukraine – die Energiewende mit der Abkehr von fossilen Energieträgern hin zu einem deutlich beschleunigten Umstieg auf sich erneuernde Energiequellen und ganz allgemeine Fragen

zur Energieversorgungssicherheit. In diesem Kontext hat sich das Ländergremium bereits im November 2021 für eine rasche Durchführung von UVP-Verfahren ausgesprochen. „Für eine zügige Energiewende braucht es mehr Tempo und weniger Verwaltungsaufwand“, sagt Wallner. Bisher sind Verfahrensdauern von bis zu zehn Jahren und länger bei diversen Großprojekten (z.B. Produktion von Ökostrom, Stromspeicher, Stromleitungen und Bahnausbau) keine Seltenheit. „Hier besteht eine dringende Notwendigkeit zur Effizienzsteigerung und es ist höchst an der Zeit, die hochkomplexen sowie zeit- und kostenintensiven UVP-Genehmigungsverfahren zu straffen und damit deutlich zu beschleunigen“, stellt der Landeshauptmann klar. In der Beschlussfassung der Landeshauptleute ist festgehalten, dass sich das Ziel der Energiewende nur dann erreichen lässt, „wenn auch im Bereich der erneuerbaren Energie Großprojekte (z.B. Wasserkraft) umgesetzt und Innovation (z.B. Wasserstoff) ermöglicht werden“. Im Einvernehmen zwischen Bund und Ländern gelte es, die gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um die Effizienz der UVP-Verfahren zu steigern und damit einen reibungslosen Umstieg auf alternative Energiequellen sicherstellen. „Es dürfen uns – etwa beim Ausbau der Wasserkraft – nicht ständig neue Hürden in den Weg gelegt werden. Im Gegenteil: Wir müssen die Verfahren dringend beschleunigen“, macht Wallner als aktueller Ländervorsitzender klar.

Gezielte Gasbevorratung, Gasverbrauch senken und Gaseigenproduktion steigern

Wie zuvor schon die Wirtschaftsreferentinnen und -referenten der Länder haben sich auch die Landeshauptleute für ein sofortiges Maßnahmenpaket ausgesprochen, um einerseits die künftige Energieversorgung abzusichern und andererseits die dramatische Energiepreisdynamik ein Stück weit auszubremsen. Es gelte, für den nächsten Winter die Gasspeicher aufzufüllen, rasch neue Erdgasquellen und Importrouten zu erschließen, um die Importabhängigkeit von Russland abzubauen, und sich an gemeinsamen europäischen Gasbeschaffungen zu beteiligen. Zugleich müssten national die Erdgasförderung und die Erzeugung von erneuerbaren Gasen gefördert werden. Mittelfristig könnten hierzulande laut vorliegenden Studien bis zu 20 Prozent des heimischen Gasbedarfs durch nationale Biomethanproduktion aus Abfällen und Reststoffen gedeckt werden. „Was noch fehlt sind die entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen auf Bundesebene“, so Wallner. Durch thermische Sanierungen, weitere Effizienzsteigerungen in der Industrie und den Umstieg auf erneuerbare Energieträger lässt sich der Gasverbrauch absenken. Eine zügige Einigung fordern die Länder von den Koalitionspartnern auf Bundesebene für das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ein. Bestandteil des ambitionierten Gesetzes müsste auch ein klarer Ausstiegspfad aus Öl und Gas sein.

Transformationsfonds soll Industrie bei Umstieg helfen

Vorgeschlagen wird seitens der Landeshauptleute zudem die Einrichtung eines ausreichend dotierten Transformationsfonds durch die Bundesregierung, um den produzierenden bzw. industriellen Sektor Österreichs am Weg in Richtung einer nachhaltigen Dekarbonisierung zu unterstützen. Des Weiteren sprechen sich die Landeshauptleute dafür aus, alle EU-rechtlichen Möglichkeiten im Bereich Emissionshandel zu nützen, um für besonders stromintensive Produktionsprozesse oder andere gefährdete Kundengruppen eine zeitlich befristete

Strompreiskompensation umzusetzen. Die Bundesregierung wird außerdem ersucht, die Ausbauziele für erneuerbare Energien, insbesondere Wasserkraft, verbindlich festzulegen, zu konkretisieren und Projekte in Absprache mit den Ländern zu definieren – dies eingeteilt in Großkraftwerke, kleine und mittlere Kraftwerke sowie Revitalisierung und Ausbau von Bestandskraftwerken.

Klimawandelanpassung als Teil umfangreicher Klima-Maßnahmen

Daran anknüpfend befasste sich die Landeshauptleutekonferenz auch mit der Österreichischen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, die aktuell überarbeitet und als Entwurf in dritter Auflage im ersten Quartal 2023 vorliegen soll. Derzeit werden die Erkenntnisse aus dem zweiten Fortschrittsbericht in die Strategie eingearbeitet. Die Länder sind in den Prozess der Neufassung der Strategie über zuständige Fachabteilungen eingebunden, wobei es zwischen den Klimawandelanpassungskordinatorinnen und -koordinatoren der Länder und dem federführend betrauten Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie laufende Abstimmungsgespräche gibt. Österreich hat die Anpassung an den Klimawandel als ein dem Klimaschutz gleichwertiges Ziel formuliert. Insofern wird bei der heimischen Klimapolitik auf ein 2-Säulen-Modell gesetzt, das einerseits auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen zur direkten Minderung des Klimawandels abzielt, andererseits auf die Anpassung an jene Auswirkungen der Klimaänderung, die nicht mehr vermeidbar sind. Von den Landeshauptleuten wurde der Bericht der Landesfinanzreferentinnen und -referenten zur Kenntnis genommen.

Treffen aktuell vorliegende Prognosen zu, ist die Anpassung an den Klimawandel mit einem beträchtlichen gesamtstaatlichen Ausgabenzuwachs verbunden. „Für eine ausreichend hohe Mittelausstattung in dem Bereich werden sich die Länder bei den bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen einsetzen“, kündigt Wallner an.

Wohnraum sichern: Mehr Spielraum für die Länder

Der vom Land Tirol eingebrachte Vorschlag zur „Verlängerung“ von Bundeskompetenzen in Teilbereichen des sogenannten Volkswohnungswesens und der Assanierung wurde im Zuge der Konferenz ebenfalls intensiv diskutiert. Im Bereich Wohnen sind in den vergangenen Jahren verstärkt landespolitische Akzente gesetzt worden, um im Sinne der Bevölkerung die Schaffung und Sicherstellung von ausreichend leistbarem Wohnraum zu gewährleisten. Entsprechende Initiativen hat es auf verschiedenen Gebieten gegeben – im Raumordnungsrecht ebenso wie im Baurecht, beim Grundverkehrsrecht, der Wohnbauförderung oder beim Abgabenrecht. Bis jetzt stoßen die Länder allerdings immer wieder auch an Kompetenzgrenzen, die einer Umsetzung von weiteren wirksamen Instrumenten bzw. Maßnahmen entgegenstehen. Darunter fallen nicht nur Schritte für eine gezielte Mobilisierung von Bauflächen für den sozialen Wohnbau, sondern zum Beispiel auch ein effizienteres Leerstandmanagement, das durch Einhebung von Abgaben einen spürbaren Lenkungseffekt entfalten kann. Darum sprechen sich die Landeshauptleute hinsichtlich der Kompetenzen Volkswohnungswesen und Assanierung für eine rasche Verschiebung an die Länder aus. Seit vielen Jahren würden die Länder dafür eintreten, dass die Bundesverfassung in

diesen Punkten geändert wird, so Wallner: „Nützen wir doch die Chance, die sich jetzt bietet. Vor allem auch deswegen, weil uns dadurch die Möglichkeit gegeben wird, bei der Leerstandsabgabe deutlich mehr an Spielraum zu gewinnen“.

Erklärung zu Ukraine-Krieg: Ruf nach wirkungsvollen europäischen Sicherheitsstrukturen

In einer gemeinsamen Erklärung haben die Landeshauptleute den russischen Überfall auf die Ukraine verurteilt. Aus dem Land wären bereits mehrere Millionen Menschen geflüchtet und aktuellen Prognosen zufolge könnten in den bevorstehenden Monaten „bis zu acht Millionen Menschen“ dazukommen, die vor dem russischen Angriffskrieg fliehen. Zwei Millionen Euro hätten die Länder in einer Maßnahme zur Soforthilfe aufgebracht, in der Bevölkerung gebe es eine Welle der Solidarität und Hilfsbereitschaft. Die Konsequenz aus dem Überfall steht für die Länder fest: „Die russische Aggression zeigt auf, wie dringend die europäische Sicherheitspolitik wirkungsvolle Strukturen benötigt“, heißt es in der Erklärung.

Da aktuell vornehmlich Frauen mit Kindern eintreffen, wären insbesondere Betreuungs- und Ausbildungsangebote wichtig. Außerdem sei es wesentlich, den Zugang zu Sprachkursen und die Anerkennung beruflicher Qualifikationen zu gewährleisten.

Herausgegeben von der Landespressestelle Vorarlberg

Amt der Vorarlberger Landesregierung

Landespressestelle, Landhaus, Römerstraße 15, 6901 Bregenz, Österreich | www.vorarlberg.at/presse

presse@vorarlberg.at | T +43 5574 511 20135 | M +43 664 6255102 oder M +43 664 6255668 | F +43 5574 511 920095

Jeden Werktag von 8:00 bis 13:00 Uhr und von 14:00 bis 17:00 Uhr erreichbar